

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Christian Görke, Nicole Gohlke, Dr. Michael Arndt, Jorrit Bosch, Anne-Mieke Bremer, Maik Brückner, Mandy Eißing, Kathrin Gebel, Ates Gürpinar, Mareike Hermeier, Maren Kaminski, Cansin Köktürk, Ina Latendorf, Sonja Lemke, Stella Merendino, Sören Pellmann, Heidi Reichinnek, Zada Salihović, David Schliesing, Evelyn Schötz, Julia-Christina Stange, Donata Vogtschmidt, Sarah Vollath und der Fraktion Die Linke

Schwimmfähigkeit der Bevölkerung und Bäderinfrastruktur

Im Jahr 2025 ereigneten sich laut der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) 393 tödliche Unglücke in Gewässern (s. www.dlrg.de/informieren/die-dlrg/presse/statistik-ertrinken). Innerhalb der DLRG-Statistik verzeichnete sich ein Anstieg um 22 Todesfälle innerhalb der 11- bis 30-Jährigen im Vergleich zum Vorjahr (s. ebd.). Diese tragischen Zahlen sind nach Auffassung der Fragestellenden vor allem im Zusammenhang mit der sinkenden Schwimmfähigkeit innerhalb der jüngeren Alterskohorten der Bevölkerung zu interpretieren.

60 Prozent der unter zehnjährigen Kinder können laut DLRG aktuell nicht sicher schwimmen (s. www.dlrg.de/informieren/die-dlrg/presse/schwimmfaehigkeit). Ein Fünftel der Kinder kann überhaupt nicht schwimmen, mit einer steigenden Tendenz (s. ebd.). Zudem ist ein starker Zusammenhang zwischen dem Haushaltseinkommen der Eltern und der Schwimmfähigkeit ihrer Kinder zu beobachten. Außerhalb dieser im Jahr 2022 vom DLRG in Auftrag gegebenen FORSA-Umfragen gibt es jedoch nach Kenntnis der Fragestellenden keine aktuelleren, öffentlich verfügbaren Statistiken zur Schwimmfähigkeit der bundesweiten Bevölkerung.

Vor dem Hintergrund der steigenden Nichtschwimmerquote unter den Grundschülerinnen und Grundschülern forderte der DLRG wiederholt eine Verbesserung der Präventions- und Ausbildungsarbeit. Zur Realisierung dieser Ziele braucht es nach Auffassung der Fragestellenden einen flächendeckenden Grundschulschwimmunterricht für alle. Der Schwimmunterricht steht zwar in allen 16 Bundesländern auf dem Lehrplan, entfällt aber dennoch oft gänzlich, da die Bäderinfrastruktur über nicht ausreichend Kapazitäten verfügt. Deshalb wird vom Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und von der DLRG gemeinsam ein Mehr an der Schwimmausbildung befähigten Sportlehrkräften und ein Mehr an Kapazitäten in der Schwimmbäderinfrastruktur gefordert. Die Präsidentin der DLRG, Ute Vogt, bezeichnet die aktuelle Qualität der Schwimmausbildung der Grundschüler als „unnötiges Lebensrisiko“ (s. www.dlrg.de/informieren/die-dlrg/presse/statistik-ertrinken/zwischenbilanz-2024/presseinfo-1/).

Den aktuellen Sanierungsbedarf im Bereich Bäderinfrastruktur betitelt die Bäderallianz auf bis zu 20 Mrd. Euro (s. www.sportschau.de/die-lage-unserer-bae-der-ist-desastroses,hintergrund-baederallianz-100.html). Das Bundesprogramm „Sanierung Kommunale Sportstätten – Schwimmbäder“ (SKS-Schwimmbäder) wird diesem Sanierungsbedarf nach Auffassung der Fragestellenden mit seinem Fördervolumen von 250 Mio. Euro nicht gerecht. Auch der Anteil am Fördervolumen des Bundesprogramms „Sanierung Kommunale Sportstätten“ (SKS) in Höhe von 20 Mio. Euro ist nach Auffassung der Fragestellenden nicht den Bedarfen angemessen. Es bedarf stattdessen nach Auffassung der Fragestellenden eines Bäderplans, wie ihn die Bäderallianz fordert, in dem Bedarfe ermittelt, dort wo nötig Förderung gewährleistet und so die Bedingungen für eine flächendeckende Schwimmbadplanung erfüllt werden (s. www.baederallianz.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Deutscher_Schwimmbadplan_062025.pdf). Aufgrund der unterschiedlichen Zuständigkeiten muss nach Auffassung der Fragestellenden die Schwimmbadplanung zukünftig in Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen gehandhabt werden, um eine flächendeckende Bäderinfrastruktur zu gewährleisten.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Schwimmfähigkeit der Bevölkerung in Deutschland in den vergangenen 20 Jahren entwickelt (bitte einzeln nach Jahren aufschlüsseln)?
2. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Hallenbäder, Kombibäder, Freibäder, Freizeitbäder, Schulbäder und Cabriobäder seit dem Jahr 2018 in Deutschland entwickelt (bitte jeweils nach Bundesländern und gesamt sowie Jahreszahlen mit Nennung der Informationsquellen aufschlüsseln)?
3. Wie viele Hallenbäder, Kombibäder, Freibäder, Cabriobäder und Freizeitbäder werden nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2026 aktuell von öffentlichen Betreibern wie Kommunen oder kommunalen Tochterunternehmen, von privaten Betreibern, Genossenschaften und von Vereinen betrieben (bitte jeweils nach Bundesländern und Betreiberarten aufschlüsseln)?
4. Wie viele Hallenbäder, Kombibäder, Freibäder, Cabriobäder und Freizeitbäder werden im Jahr 2026 aktuell vom Bund betrieben (bitte jeweils entsprechend nach Bundesbehörden, Nutzungszweck – wie zum Beispiel Spitzensport oder Dienstsport –, Bundesländern und Betreiberarten aufschlüsseln)?
5. Wie viele Hallenbäder, Kombibäder, Freibäder, Cabriobäder und Freizeitbäder wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem Jahr 2018 dauerhaft geschlossen und wie viele sind aktuell geschlossen aufgrund von Sanierungsbedarf oder Sanierungsarbeiten (bitte jeweils nach Jahr, Bundesländern und Art der Schließung aufschlüsseln)?
6. Wie hoch beziffert die Bundesregierung den aktuellen Sanierungsbedarf für die Bäderinfrastruktur (bitte jeweils nach Bundesländern aufschlüsseln und Gesamtsummen angeben)?
7. Plant die Bundesregierung, die Lücke zwischen Sanierungsbedarf und dem Fördervolumen des SKS – Schwimmbäder zu schließen, wenn ja, durch welche Maßnahmen, und wenn nein, mit welcher Begründung?
8. Wie viele Anträge auf das SKS – Schwimmbäder sind nach Kenntnis der Bundesregierung eingegangen (bitte beantragtes zu förderndes Projekt, Antragstellerin bzw. Antragsteller, beantragte Fördersumme sowie gesamte beantragte Fördersumme einzeln aufschlüsseln)?

9. Wie viele Hallenbäder, Kombibäder, Freibäder, Cabriobäder und Freizeitbäder erhielten seit dem Jahr 2018 eine finanzielle Förderung vom Bund für ihre Sanierung und ihren Erhalt (bitte nach Jahreszahlen, Bundesländern und Höhe der jeweiligen Förderung aufschlüsseln)?
10. Wie viele Hallenbäder, Kombibäder, Freibäder, Cabriobäder und Freizeitbäder wurden seit dem Jahr 2018 nach Kenntnis der Bundesregierung neu geschaffen, wie viele davon mit finanzieller Unterstützung durch den Bund (bitte jeweils nach Jahr und Bundesländern aufschlüsseln)?
11. Welche Förderprogramme des Bundes gibt es für Vereine, die zumeist keinen Eigenanteil mitbringen, um die Instandsetzung und Sanierung vereinseigener Hallenbäder, Kombibäder, Freibäder und Cabriobäder zu finanzieren, insbesondere wenn diese keinen Eigenanteil leisten können?
12. Besitzt die Bundesregierung Kenntnisse darüber, wie viele Schulen nach aktuellem Stand über kein erreichbares Schwimmbad in 30-minütiger Entfernung mit dem Bus verfügen, und wenn ja, um wie viele Schulen handelt es sich (bitte nach Schultyp aufschlüsseln)?
13. Sind der Bundesregierung kreisfreie Städte oder Landkreise bekannt, die über keine Hallenbäder, Kombibäder, Freibäder, Cabriobäder und Freizeitbäder verfügen, und wenn ja, um welche handelt es sich (bitte jeweils nach Bundesländern aufschlüsseln)?
14. Ist der Bundesregierung die Forderung der Bäderallianz Deutschland, eine Servicestelle Badersanierung und Bäderentwicklung im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung anzusiedeln, bekannt, und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus (s. www.dgfdb.de/fileadmin/user_upload/Baederallianz_Deutschland_Schwimmbadplan_2025.pdf)?
15. Ist der Bundesregierung die Forderung der Bäderallianz Deutschland, ein Bäderförderprogramm auf der Bundesebene einzurichten, mit einem Fördervolumen von 12 Mrd. Euro über zwölf Jahre gestreckt, bekannt, und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus (s. ebd.)?
16. Hat die Bundesregierung Schritte außerhalb des SKS – Schwimmbäder Schritte eingeleitet, um zusammen mit Ländern und Kommunen Schwimmbadbedarfe zu ermitteln, und wenn ja, fanden diesbezüglich Termine unter Teilnahme von Regierungsmitgliedern oder Regierungsvertretern statt (bitte Art des Termins und teilnehmende Regierungsmitglieder oder Regierungsvertretern angeben)?
17. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung eingeleitet bzw. plant die Bundesregierung, um langfristig die Schwimmfähigkeit der Bevölkerung sicherzustellen?
18. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie viele Schwimmlehrerinnen und Schwimmlehrer es im Jahr 2026 in Deutschland gibt und wie groß der Bedarf ist, um flächendeckend einen Schwimmunterricht an allen Schulen zu gewährleisten, und wenn nein, warum nicht?
19. Hat die Bundesregierung erwogen, die Länder bei der Ausbildung von Schwimmlehrerinnen und Schwimmlehrern zu unterstützen und deren Zahl zu erhöhen, wenn ja, durch welche Maßnahmen, und mit welchen Partnern, und wenn nein, warum nicht?
20. Wie viele Grundschulen können nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell keinen Schwimmunterricht anbieten, da ihnen der Zugang zu Schwimmbädern fehlt (bitte jeweils nach Bundesländern aufschlüsseln)?

21. Wie viele weiterführende Schulen können nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell keinen Schwimmunterricht anbieten, da ihnen der Zugang zu Schwimmbädern fehlt (bitte jeweils nach Bundesländern aufschlüsseln)?
22. Wie viele Förderschulen können nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell keinen Schwimmunterricht anbieten, da ihnen der Zugang zu Schwimmbädern fehlt (bitte jeweils nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Berlin, den 17. Juli 2026

Heidi Reichinnek, Sören Pellmann und Fraktion